

Reil-Mannheim ist der Meinung, daß ein von allen Genossen leicht zu erreichender Ort zu wählen sei und befürwortet Gotha, zumal da er in Erfahrung gebracht habe, daß die dortigen Genossen den Parteitag sehr wohl aufnehmen können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Singer regt bei der Fülle der Vorschläge schriftliche Abstimmung vor.

Auf Antrag von Fischer-Berlin beschließt die Versammlung, zunächst darüber abzustimmen, ob Gotha gewählt wird.

Die Versammlung entscheidet sich mit großer Mehrheit dafür, daß der nächste Parteitag in Gotha stattfindet.

Von den weiteren zu dieser Frage vorliegenden Anträgen sind die Anträge 37, 38 und 41 durch die vorherigen Beschlüsse erledigt, die Anträge 35 und 42 finden nicht die genügende Unterstützung.

Es folgt die **Berathung der sonstigen Anträge.**

Antrag 1 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 2 und in Verbindung damit Antrag 119:

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen, wird unterstützt und von Frau Rohrlack begründet. Sie schlägt vor, Frau Zetkin mit diesem Referat zu betrauen.

Antrag 119 wird angenommen und Frau Zetkin als Referentin bestimmt.

Antrag 3 begründet Drescher-Berlin: Das Proportionalwahlssystem ist eine der wichtigsten Forderungen der Partei, die selbst von Gegnern als Mittel zur Vernichtung der Sozialdemokratie empfohlen wird. Es ist nöthig, über diesen Punkt Klarheit zu schaffen.

Ohne weitere Debatte wird der Antrag angenommen.

Antrag 6 wird als unzulässig nicht zur Debatte gestellt.

Es folgt die Berathung über die zum Punkt „**Presse**“ gestellten Anträge.

Antrag 59 wird nicht unterstützt, Antrag 60 ist hinfällig, da der darin ausgesprochene Wunsch nach Mittheilung von Singer bereits erfüllt ist. Infolgedessen wird der Antrag zurückgezogen.

Antrag 61 begründet Görke-Charlottenburg: Bei dem großen Interesse, welches der Arbeiter an dem Material über die Alters- und Invaliditätsversicherung nimmt, ist es wohl eine bescheidene Forderung, daß uns das Material in Form einer Beilage zum „Vorwärts“ zugänglich gemacht wird.

Stadthagen: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Das Material ist ein umfangreiches Aktenstück von 100 Seiten, das nicht gut in einer Beilage gebracht werden kann. Die wenigen Arbeiter, die Interesse daran nehmen, alle diese Zahlen zu lesen, können sich das amtliche Material verschaffen. Außerdem befaßt sich der „Vorwärts“ ja auch mit dieser Frage und erstattet fortlaufend Bericht darüber.

Webel: Auch ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Es ist der Tagespresse ganz unmöglich, die Berichte der Invaliditäts- und Altersversicherung abzudrucken. Thäte man das, so könnte man auch verlangen, die Berichte der Krankenkassen etc. aufzunehmen. Die Berichte der Invaliditäts- und Altersversicherung füllen übrigens so dicke Bände, daß ein Abdruck ganz unmöglich ist. Die wichtigsten Zahlen des Berichts werden bereits jetzt in unserer Presse veröffentlicht. Wenn aber die vorliegende Anregung dazu dient, daß die Berichte vielleicht noch ausführlicher und sorgfältiger behandelt werden, dann ist es gut.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 62 wird nicht genügend unterstützt.

Im Laufe der Verhandlungen ist eingegangen Antrag 109:

Der Parteitag wolle beschließen, der Nettopreis des „Neuen Welt-Kalenders“ ist, nachdem der Verkaufspreis von 50 Pf. auf 40 Pf. vermindert worden, entsprechend herabzusetzen.

Block-Dortmund bemerkt, daß die Herabsetzung des Preises den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat, weil bei geringerem Preise die Kolporteurs weniger verdienen und sich deshalb um die Verbreitung weniger bemühen. Werde von entscheidender Stelle erklärt, daß sich der Nettopreis nicht herabsetzen lasse, so sei er bereit, den Antrag fallen zu lassen.

Bérard-Hamburg: Auf dem vorigen Parteitag wurden die Gründe auseinandergesetzt, die die Herabsetzung des Verkaufspreises des „Neuen Welt-Kalenders“ von 50 auf 40 Pf. nothwendig machten. Es geschah, um der Schleuderei der Großhändler entgegenzutreten. Der Preis läßt sich nicht weiter herabsetzen, sonst wird am „Neuen Welt-Kalender“ geradezu Geld zugefekt. In den Provinzialkalendern ist dem „Neuen Welt-Kalender“ jetzt schon eine große Konkurrenz erwachsen.

Antrag 109 wird abgelehnt.

Antrag 123 wünscht das tägliche Erscheinen des Offenburger „Volksfreundes“ und die Bewilligung der nöthigen Mittel vom Vorstand.

Hierzu ist das Amendement gestellt, die Angelegenheit dem Vorstand zur Prüfung zu überweisen.

Antrag und Amendement finden nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 120: Der Parteitag möge beschließen, den Partei-Vorstand zu beauftragen, eine Neuauflage der Broschüre „Die Löbener Kettenaffäre“ herauszugeben, begründet

Besche-Altona damit, daß es für die jüngeren Genossen nothwendig ist, zu erfahren, wie man früher gegen Parteigenossen vorgegangen ist.

Fischer-Berlin: Der Zweck des Antrages wird damit erreicht, daß die Genossen sich den „Leipziger Hochverrathsprozeß“ anschaffen, worin dasselbe Material behandelt und in ausführlicher Weise zusammengestellt ist. Wir haben uns schon letztes Jahr die Frage gestellt, ob es nicht zweckmäßig sei, im Anschluß an den „Leipziger Hochverrathsprozeß“ die „Löbener Kettenaffäre“ folgen zu lassen; wir sind aber davon abgekommen, weil wir den Genossen nicht für dieselbe Sache zweimal Geld abnehmen können.

Der Antrag Kloß-Stuttgart (125): Auf Kosten der Parteikasse den sämtlichen sozialdemokratischen Parteiblättern des Reiches alljährlich zweimal das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als besondere Beilage beizulegen, und Antrag Dieckhoff-Bremen (126): „Der Partei-Vorstand hat für Herstellung eines Verzeichnisses der Vertrauensmänner und der Adressen sämtlicher Parteiorganisationen Deutschlands zu sorgen und für die Parteigenossen zu veröffentlichen“ finden nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 64 ist durch einen Beschluß vom Frankfurter Parteitag erledigt.

Antrag 65 begründet Kloß-Stuttgart: Für die Frauen existirt keine geeignete Lektüre, deshalb ist es nöthig, die „Neue Welt“ in diesem Sinne auszubilden.

Bérard-Hamburg: Lehnen Sie den Antrag ab, da uns seine Durchführung einen gewaltigen Kostenaufwand von ca. 100 000 Mark verursachen würde; so viel Geld bringen wir nicht auf. Sie haben einen Desjitzmacher abgeschafft, den „Sozialdemokrat“, schaffen Sie keinen neuen. Auch die bürgerlichen illustrierten Blätter gehen nicht. So hat der Besizer von Schorer's Familienblatt ungeheure Summen in das Unternehmen gesteckt und vor der Konkurrenz doch die Segel streichen müssen.

Fischer-Berlin: Das im Antrage ausgedrückte Bedürfnis ist unzweifelhaft vorhanden; aber auf dem Wege, den Kloß angedeutet hat, geht es nicht. Die „Neue Welt“ ist eine einfache Zeitungsbeilage, und für das Geld, das für diesen Zweck ausgegeben werden kann, können wir kein gutes illustriertes Blatt schaffen. Neben anderen Schwierigkeiten spielt hier die Redakteurfrage eine große Rolle. Von heute auf morgen läßt sich so was auch nicht machen; aber

ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen, damit der Partei-Vorstand sich mit der Sache näher befassen kann.

Antrag 65 und 66 werden miteinander verbunden.

Webel: Ich bin dafür, daß Sie Antrag 65 dem Partei-Vorstande zur Erwägung überweisen. Wir haben allerdings im Vorstande bereits darüber unterhandelt. Fischer hat uns auch einen ausführlichen Plan vorgelegt; nach diesem erfordert das eventuell zu schaffende neue Organ gewaltige Summen. Wir müssen das Blatt sehr gut ausstatten, damit es die Konkurrenz der bürgerlichen Blätter aushalten kann. Wir müssen gute Bilder geben, sehr hohe Honorare zahlen. Daß daneben die „Neue Welt“ als Beilage bestehen soll, geht nicht an. Das neue Blatt muß Abonnementblatt werden, nicht Beilage. In Bezug auf Antrag 66 füge ich hinzu: wir haben bereits mehrmals im Vorstande darüber Erörterungen gepflogen, daß es mit der „Neuen Welt“ kaum so weiter gehen kann. Wir brauchen entschieden bessere Bilder. Auch der Befestigung muß erweitert werden, vielleicht in der Weise, daß wir eine naturwissenschaftliche Abtheilung einführen, in der die neuesten Entdeckungen und Erfindungen besprochen werden. Wenn Sie den Antrag annehmen, dann haben wir im Vorstande weniger Bedenken, die nöthigen Gelder zu bewilligen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 65 wird dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Antrag 66 wird in seinem ersten Theile angenommen, im zweiten Theile abgelehnt.

Bei Antrag 67 führt

Block-Dortmund die Gründe an, die die Antragsteller geleitet haben. Man ging von dem Gedanken aus, daß die Partei die moralische Verantwortlichkeit für diese Schundliteratur abschütteln solle. Die Minderheit — zu der auch ich gehörte — war aus praktischen Gründen dagegen, weil nämlich nicht alle zu verwerfenden Schriften im Antrage genannt seien und die Herstellung eines genauen Verzeichnisses sehr schwierig sein würde.

Der Antrag wird debattelos angenommen.

Antrag 68 findet nicht die nöthige Unterstützung.

Antrag 69 begründet Sonnenburg: Es muß möglichst allen im Parteiverlage erscheinenden Literatur ein einheitliches Format gegeben werden. Jetzt haben wir sogar das Protokoll des letzten Parteitages in anderem Format.

Fischer-Berlin: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Solche Anträge müssen bestimmt lauten. „Möglichst“ heißt hier gar nichts. Bei den Broschüren unseres Verlages haben wir ja nur zweierlei Format. Das eine ist das herkömmliche, für Schriften mehr zur theoretischen Weiterbildung der Genossen, das andere ist für Agitationschriften berechnet, die zur Massenverbreitung bestimmt sind. Da ist notwendige Voraussetzung die Billigkeit; diese Wohlfeilheit kann nur erreicht werden durch Notationsdruck. Dieser Druck bedingt das größere Format; dabei ersparen wir sowohl an Papier und Druck wie an der Buchbinderei ganz wesentlich. Was das Protokoll anbetrifft, so werden auch die künftigen im Format des letztjährigen erscheinen — aus Agitations- wie aus Billigkeits-Rücksichten.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 70 wird nicht unterstützt.

Den Antrag 71 erfucht

Hoch-Berlin, dem Partei-Vorstande zur Erwägung zu überweisen.

Brühne-Frankfurt a. M. bittet um Ablehnung.

Muer: Wohin soll es führen, wenn die Parteigeschäfte ihre Verlagsrechte unter einander hin- und herschieben? Ueberlassen wir die Erledigung dieser Frage ruhig dem Genossen Diez. Steckt etwas hinter dem Antrage, so können wir sicher sein, daß Diez ihn ausführt.

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Antrag 72 ist ein Amendement eingegangen, statt des Wortes unentgeltliche zu sagen „zum Selbstkostenpreise“.

Der Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Antrag 73 ist durch den Beschluß betr. die Veröffentlichung des Berichtes über die parlamentarische Thätigkeit erledigt.

Antrag 74 wird zur Kenntniß des Parteitages genommen.

Antrag 75 und 76 sind erledigt.

Die Anträge 77, 80 und 81 werden, da sie in Folge des Beschlusses in der Agrarfrage dem Partei-Vorstande überwiesen sind, nicht unterstützt.

Antrag 78 und 79 sind zurückgezogen, ersterer, wie Singer mittheilt, weil er aus Versehen gestellt ist.

Antrag 82 wird nicht unterstützt.

Unter großer Heiterkeit der Versammlung bemerkt Singer, daß der Parteitag damit die Ansicht ausgesprochen hat, daß der Vorstand auch so seine Schuldigkeit thut.

Antrag 83 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag (117) Hoch und Genossen:

Der Partei-Vorstand wird beauftragt, bei der nächsten passenden Gelegenheit, namentlich dann, wenn sich der preussische Landtag daran machen sollte, das preussische Vereinsrecht noch reaktionärer zu gestalten, eine Agitation für das allgemeine gleiche direkte Wahl- und Stimmrecht, sowie für unbeschränkte Rede-, Press- und Versammlungsfreiheit in ganz Deutschland bezw. in ganz Preußen einzutreten,

begründet Hoch-Sanau: Wenn es der Regierung wirklich einfallen sollte, noch reaktionärer zu werden, dann haben wir alle Pflicht, uns energisch unserer Haut zu wehren. Man könnte sagen, das sei eine preussische Angelegenheit und gehöre deshalb nicht auf den Parteitag, aber das wäre nicht zutreffend, weil wir keinen preussischen Parteitag haben. Der Partei-Vorstand muß für den angeedeuteten Fall eine bestimmte Marschrouten erhalten.

Antrag 84 wird mit zur Diskussion gestellt. In der Begründung führt Timm aus: Der Berliner 1. Wahlkreis hat deshalb den Antrag gestellt, weil wir in der That in einer Zeit leben, in der den minimalen Rechten der Arbeiter ein Ende gemacht werden soll. Zwar hat Webel in einer Broschüre auf das Wahlrecht hingewiesen, allein das genügt noch nicht. Der Antrag drückt die Meinung der großen Mehrheit der Berliner Genossen aus. Was gestern Schoenlant von den Berlinern sagte, ist unzutreffend. Wir haben zwar schon manchen Rippenstoß vertragen, aber Schoenlant's Angriff überstieg alles Maß. Wir sind uns bemüht, immer unsere Schuldigkeit gethan zu haben. Schoenlant's Tonart müssen wir entschieden zurückweisen.

Schoenlant: Ich habe keine Veranlassung, auf die Angriffe von Timm einzugehen. Ich habe genau gewußt, was ich gesagt habe und habe meine Ausführungen gegenüber dem bestimmten Verhalten bestimmter Personen gemacht. (Große Unruhe. Rufe: Namen nennen!) Es liegt kein Grund für mich vor, meine Worte zurückzunehmen.

Timm: Wenn Schoenlant uns Delegirte angreift, so machen wir uns nichts daraus. Wir können noch viel mehr vertragen und wollen sehen, wer es am längsten aushält. Wenn er aber seine Angriffe gegen die Berliner Parteigenossen richtet, so haben wir Grund, energisch dagegen zu protestiren. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Antrag 117 wird angenommen. Damit ist Antrag 84 erledigt.

Es folgt der von den Genossen des 3. Hamburger Wahlkreises gestellte Antrag (116):

In Erwägung, daß in Folge der wirtschaftlichen Nothlage der arbeitenden Klassen die Frauen und Mädchen in immer größerer Zahl in allen

Branchen des Erwerbslebens als Konkurrentinnen der Männer aufzutreten gezwungen sind; bei ihrer bisher so sehr vernachlässigten Aufklärung sowohl in politischem wie wirtschaftlichem Wissen aber leider noch als Hemmschuh anstatt als zielbewusste Mitstreiterinnen im Kampfe um die Existenz sowohl, als um die endliche Beseitigung der heutigen Wirtschaftsweise anzusehen sind, und da es gilt, eine Jahrhunderte lange Vernachlässigung und geistige Zurücksetzung des weiblichen Geschlechts wieder gut zu machen, so ist es notwendig, daß in dieser Hinsicht mit Hochdruck gearbeitet wird.

Bisher kämpfte nur das halbe Volk gegen die kapitalistische Weltordnung an; die Sozialdemokratie hat vor allem die große Aufgabe zu erfüllen, auch die andere Hälfte der Menschheit in die Kampflinie einzureihen; das ist nicht leicht, sobald aber das Verständnis geweckt ist, wird das proletarische Weib mit um so größerer Energie und Kampfesfreudigkeit in Reih und Glied marschieren mit den sozialistischen Brüdern.

Um das notwendige Verständnis für den Klassenkampf beim weiblichen Proletariat zu wecken, ist es aber dringend nötig, daß die Männer der Arbeit mehr und energischer als bisher allüberall an die Pflicht gemahnt werden, alle in ihren Bereich kommenden Frauen und Mädchen auf eine vernünftige und würdige Weise in die politische sowohl wie namentlich auch in die gewerkschaftliche Organisation hereinanzuziehen und sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit zur Theilnahme am öffentlichen Leben anzuregen.

In Anerkennung dieser Nothwendigkeit macht der Parteitag es den Delegirten, soweit dieselben als Referenten in Stadt und Land über die hier gepflogenen Verhandlungen Bericht zu erstatten haben, zur Pflicht, den in dieser Resolution niedergelegten Gedanken mit Nachdruck zu vertreten.

Frau Steinbach: Der Inhalt der Resolution wird bei keinem Delegirten Widerspruch finden angesichts der Thatsache, daß bald keine Branche vorhanden sein wird, in der nicht die Frauenarbeit den Männern Konkurrenz macht. Da nun die Polizei und Behörden bemüht sind, die Frauen von jeder öffentlichen agitatorischen Thätigkeit zur Gewinnung von Genossinnen fernzuhalten und ihre politische Betätigung zu verhindern, so muß mehr als bisher ein praktischer Weg eingeschlagen werden, wie ihn die Resolution vorschlägt. Die Arbeiter in Fabrik und Werkstatte müssen auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, ihre Kolleginnen zur Organisation heranzuziehen. Besonders bei der Berichterstattung über den Parteitag muß darauf hingewiesen werden.

Die Resolution wird angenommen.

Es folgt der von Trautwein und Genossen gestellte Antrag (130):

In Anbetracht, daß es wohl der Wunsch eines jeden Genossen sein muß, daß die ländlichen Arbeiter von dem Ausnahmegegesetz der Gefindeordnungen befreit werden, stellen Unterzeichnete hierdurch den Antrag: der Parteitag möge den Partei-Vorstand beauftragen, eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gefindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage.

Gleichfalls möge der Parteitag den Wunsch aussprechen, daß die Presse den Gefindeordnungen sowie der Handhabung derselben mehr Beachtung widmet wie bisher.

Beides würde ein wirklich durchgreifendes Mittel für die Landagitation sein.

Trautwein-Duedlinburg begründet den Antrag damit, daß durch eine planmäßige Agitation gegen die Gefindeordnung zugleich auch die Frauenbewegung ungemein gefördert und der Grund zu einer Landarbeiterbewegung gelegt wird.

Bebel: Absatz 2 des Antrages, der nur einen Wunsch ausspricht, wäre annehmbar, aber nicht Absatz 1. Derselbe verlangt, wir sollen heute kom-

mandiren, daß der neue Partei-Vorstand eine gleichmäßige Agitation im ganzen Lande gegen die Gefindeordnungen in Bewegung zu setzen, ähnlich wie bei der Umsturzvorlage. Ja, können wir denn auf Kommando eine Agitation ins Leben rufen? Denken Sie doch nur an die viel wichtigere Wahlrechtsfrage, in der ich ein Referat gehalten und über die ich eine Broschüre geschrieben habe, und doch ist die Agitation ausgeblieben. Wenn man einen bloßen Wunsch heute ausspricht, so hat es Sinn, aber durch einen bestimmten Auftrag blamieren wir uns nur. Dann ist es aber doch auch nötig, daß zunächst unsere Genossen durch eine ausführliche Broschüre aufgeklärt werden. Erst dann können wir agitieren, aber auch nur da, wo wir die Gelegenheit dazu haben. Aus dem Nichts können wir keine Agitation stampfen. Ich bitte also, falls die Antragsteller sich nicht zu einer anderen Fassung bequemen können, den ersten Passus des Antrages abzulehnen.

Frau Kohrlack: Wir Frauen haben ein besonderes Interesse daran, die Arbeiter und Arbeiterinnen über die Gefindeordnung aufzuklären. Bebel hat darauf hingewiesen, daß auch vor einem Jahre der Antrag gestellt worden ist, eine diesbezügliche Broschüre zu schreiben, daß sie aber doch noch nicht erschienen ist, weil sich solche Dinge nicht kommandiren lassen. Nun wir haben auch ohne Broschüre gute Erfolge bei der Agitation gehabt. Der Partei-Vorstand muß beauftragt werden, auch in ländlichen Bezirken Versammlungen einzuberufen, mit dem Gefinderecht auf der Tagesordnung. Wir wollen zwar nicht den Vorstand korrigieren, aber unsere Forderung ist doch nur gerecht.

Bebel stellt das Amendement, im ersten Absatz hinter dem Worte „beauftragt“ einzustellen: „bei passender Gelegenheit“.

Beims-Göplar: Wenn Sie wirklich noch etwas für die praktische Agitation auf dem Lande thun wollen, was Sie in der Debatte über die Agrarfrage nicht gethan haben, so nehmen Sie diesen Antrag an. Die Folgen der Gefindeordnung sind entsetzlich, große Mißhandlungen und Beleidigungen werden unter dem Schutze des Gesetzes verübt.

Gerlach-Wanzleben: Auch ich bin der Meinung, daß wir den Antrag in seiner vorliegenden Form annehmen können. Wir müßten schon längst die verlangte Broschüre haben. Gerade die Frauenbewegung würde durch eine Agitation in bezug auf die Gefindeordnung gefördert werden; denn gerade die Frauen und Mädchen leiden unter den Folgen der Gefindeordnung. Wir dürfen den Antrag dem Partei-Vorstande nicht bloß zur Berücksichtigung überweisen, sondern der Partei-Vorstand muß einen bestimmten Auftrag erhalten. Wir müssen uns übrigens über diese Dinge genügend aussprechen, über die Bauern und Waldstreu zc. haben wir stundenlang diskutiert, über das Gefinde nicht.

Nachdem Stadthagen gegen einen Antrag auf Schluß der Diskussion gesprochen hat, wird die Diskussion geschlossen.

In einer persönlichen Bemerkung verwahrt sich Bebel dagegen, als ob er gegen die Sache selbst, die Gefindeordnung bei der Agitation zu verwerthen, sei; er habe nur darauf aufmerksam machen wollen, daß die Sache in der beantragten Form unannehmbar sei, weil sich derartige Aufträge nie nach Kommando ausführen lassen.

Antrag 130 wird mit dem Amendement Bebel angenommen.

Luz-Langenbielau will den ersten Theil des erledigten Antrags 80 noch einmal behandelt wissen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Ebenso findet Antrag 85 keine Unterstützung.

Es folgt der letzte Theil der Anträge: **Resolutionen.**

Zu 101 ist von Frau Kohrlack und Genossen der Antrag eingegangen:

Der Resolution Nr. 101 folgende Fassung zu geben:

„In Erwägung, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der zur Erwerbsarbeit gezwungenen Mädchen und Frauen immer jämmerlicher werden,

daß die Zahl der weiblichen Arbeiterschaft beständig wächst und durch die Konkurrenz der Frauen auch die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter fortschreitend verschlechtert, sowie die Männer aus weiten Kreisen der Industrie immer mehr verdrängt werden, fordert der sozialdemokratische Parteitag die Genossen, insbesondere die Vertrauenspersonen und die Agitatoren der Partei auf, durch möglichst vielseitige statistische Feststellungen über die unausgesehene Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit und über die für das kommende Geschlecht so verhängnisvolle Lage der Arbeiterinnen in den einzelnen Industriezweigen und Gewerbebetrieben die helle Beleuchtung und die scharfe Kritik allseitiger Öffentlichkeit zu verbreiten. Das gesammte Material ist der Redaktion der „Gleichheit“ zu übermitteln.“

Frau Geiser führt zur Begründung aus: Die Lage der Frauen ist überall eine noch schlechtere als die der Männer, sie sind infolge ihrer geringeren Widerstandsfähigkeit gegen die kapitalistischen Ausbeuter die gefährlichste Konkurrenz der Männer. Die organisierten Arbeiter haben daher alle Veranlassung, die Frauen zu ihren Organisationen heranzuziehen und sie widerstandsfähiger zu machen. Eine Beleuchtung und Kritik dieser Zustände ist durchaus notwendig. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen.

Frau Rohrlack begründet ihr Amendement damit, daß eine Beleuchtung am besten durch statistische Feststellungen geschaffen werden kann. Wenn das so gesammelte Material der Redaktion der „Gleichheit“ überliefert wird, so wird dadurch den Frauen guter Agitationsstoff geliefert.

Der Antrag wird mit dem Amendement Rohrlack angenommen.

Der Antrag Rohrlack (119)

„Auf die Tagesordnung des Parteitages für 1896 ist ein Referat über die Frauenagitation zu setzen“ wird angenommen.

Zu Antrag 102 ist folgendes Amendement Geck eingegangen:

„Es fehlt in unserer jetzigen sozialdemokratischen Literatur an Abhandlungen über Säuglingsernährung und Kindererziehung. Die vorhandenen Bücher über Frauen- und Kinderhygiene sind zu theuer, um in proletarischen Kreisen großen Eingang zu finden. Der Parteitag spricht den Wunsch aus, es möge dafür gesorgt werden, daß durch Vorträge und populäre Schriften auf diesem speziellen Gebiet der Hygiene den Wünschen der Arbeiterschaft entsprochen wird.“

Der Antragsteller von 102 — Fricke — hat seinen Antrag zurückgezogen und durch den Vorschlag ersetzt, auf dem nächsten Parteitag ein Referat über „Kindererziehung in der Arbeiterfamilie“ zu setzen.

Frau Rohrlack nimmt Antrag 102 wieder auf.

Frau Rohrlack erklärt sich gegen den Vorschlag, eine Broschüre über Kindererziehung zu verbreiten. Viel wirksamer als eine Broschüre wäre es, wenn die Männer den Frauen und Kindern größere Aufmerksamkeit schenken würden. Häufig genug verhindern selbst sogenannte gute Parteigenossen ihre Frauen durch ihr tyrannisches Machtwort, an Versammlungen theilzunehmen.

Thiele-Halle: Der Gedanke, der in der Resolution liegt, ist nicht gerade glücklich ausgedrückt, aber doch ist die Sache zu wichtig, als daß man über sie leicht weggehen könnte. Mit der Kindererziehungsfrage müssen wir uns nun einmal befassen. Bedenken Sie besonders die Mangelhaftigkeit unserer Literatur in dieser Beziehung. Wenn nicht bereits die Tagesordnung des nächsten Parteitages überladen ist, dann empfehle ich, als Thema für denselben festzusetzen: Die sozialistischen Prinzipien der Kindererziehung.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen worden ist, wird das Amendement Geck abgelehnt. Ebenso werden abgelehnt die Resolution 102, sowie der Antrag, auf dem nächsten Parteitag ein Referat über die sozialistischen Prinzipien der Kindererziehung abzuhalten.

Antrag 103, 104 und 105 sind durch die Beschlüsse in der Agrarfrage erledigt. Damit sind alle Anträge erledigt.

Singer verkündet hierauf das Resultat der Wahl der Parteileitung.

Für den Parteivorstand wurden 205 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten als Vorstehende: Singer 202, Bebel 200, Schippel 2, David, Kunert, Vogtherr und Antrick je 1 Stimme.

Als Schriftführer: Pfannkuch 200, Auer 199, Stadthagen und Segitz je 2, v. Elm und Bruhns-Berlin 1 Stimme.

Als Kassierer: Gerisch 202 und Roenen 2 Stimmen.

Demnach sind gewählt: Bebel, Singer, Auer, Pfannkuch, Gerisch.

Bei der Wahl der Kontrolleure wurden 205 Stimmen abgegeben, darunter 21 ungiltige.

Es erhielten: Meister 134, Kleeß 123, Raden 99, Mehner 92, Dertel 89, Roenen 78, Zettin 67, Meißt 64, Börner 44, Arons 34, Kleemann 33, Fleischmann 32, Timm 32, Antrick 26, Ewald 26, Groth 26, Schulze-Königsberg 26, Albrecht 25, Grünwaldt 25, Gerlach 21, Frau Zhrer 21, Kölle 21, Johannes 19, Feldmann 18, Brey 17, Thiele 15, Lesche 12, Gieshoit 12, Martiske 12, Franken 9, Knaut 5, Wengels 4, Herbert 4, Schoenlant 1 Stimme. (Geiterkeit.)

Demnach wurden als Kontrolleure gewählt: Meister, Kleeß, Raden, Mehner, Dertel, Roenen und Frau Zettin.

Nummehr ergreift Singer das Schlusswort: Parteigenossen! Wir sind am Ende unserer Arbeiten angelangt. Ich erfülle zunächst eine Pflicht der Dankbarkeit, indem ich den Breslauer Genossen für die große Mühe und den Eifer, den sie an den Tag gelegt haben, den wärmsten Dank des Parteitages ausspreche. Ebenso danke ich den Kommissionen, die so fleißig für uns gearbeitet haben. (Zustimmung.) Der Breslauer Parteitag wird gleich seinen Vorgängern ein Markstein in der Geschichte der Parteibewegung sein. Die Anregungen, die durch ihn für die Agitation und die Propagierung der sozialdemokratischen Ideen und Forderungen in der Provinz Schlesien gegeben sind, werden reiche Früchte tragen. Aufklärung und Belehrung wird dadurch in weite Kreise des schlesischen Proletariats getragen werden und so können wir mit dem befriedigenden Bewußtsein auseinander gehen, daß unsere Thätigkeit in dieser Beziehung von reichem Erfolg gekrönt sein wird. (Zustimmung.) Hier in Breslau haben wir von Neuem die Ueberzeugung gewonnen, wie notwendig es ist, die sozialdemokratischen Forderungen unablässig so lange zu propagieren, bis Einrichtungen geschaffen sind, wie wir sie im Interesse der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit aller Menschen fordern. Wie notwendig unsere Bestrebungen sind, darüber sind wir in diesen acht Tagen auch durch die Stellungnahme der Polizeibehörde zu unserem Parteitag belehrt worden. Vielleicht ist es die Polizeibehörde in Breslau, die uns erleichterten Herzens scheiden sieht; ist sie doch nunmehr in der Lage, die Hauptwache, die sie während unserer Tagung in diesem Hause aufgeschlagen hat, aufgeben zu können. Wir gehen aus Breslau auch mit dem Gefühl einer gewissen Beschämung, daß es in Deutschland noch möglich ist, Männern, die aus dem Auslande zu uns kommen, um an unseren Beratungen theilzunehmen, diese Theilnahme zu verwehren. Fast scheint es, als ob dieser Parteitag auch Opfer aus unsren eigenen Reihen erfordern wird, denn unser Genosse Liebknecht ist in Untersuchung gezogen wegen der Rede, mit der er den Parteitag eröffnet hat. (In diesem Augenblick tritt Liebknecht, von der gerichtlichen Untersuchung zurückkehrend, den Saal.)

Parteigenossen, solche Zustände müssen uns zwingen, dafür zu sorgen, daß der Tag, an dem derartige Vorkommnisse in Deutschland nicht mehr möglich sind, recht bald erscheint. (Beifall.)